
These 14

Die gezielte Entbürgerlichung und Entchristlichung, die Entwertung von Eigentum und Geld sowie die Gleichschaltung von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen durch die SED mit der Absicht, das Werteverständnis zu verändern, haben im Osten Deutschlands Prägungen hinterlassen, die auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung spürbar sind.

— . — . —

Zum Ideologie- und Wertesystem der SED und seinen „Nachwirkungen“

Ehrhart Neubert

Die deutsche Revolution 1989/1990 war noch im Gange, die Euphorie in Ost und West kannte fast keine Grenzen, da entdeckte die Öffentlichkeit mentale Differenzen zwischen den Deutschen. Zwar hatten die Ostdeutschen ihr Freiheitsbedürfnis und ihren Willen zur Wiedervereinigung unter Beweis gestellt, aber sie waren anders: ihre Sprache, ihre Wirklichkeitsdeutungen und ihr Verhalten. Die anfänglich schmunzelnden Klassifikationen „Ossi“ und „Wessi“, „Zonis“ und „Bundis“ bekamen bald schärfere Untertöne: „Jammerossi“ und „Besserwessi“. Letzteres wurde 1991 zum Wort des Jahres gekürt. Schnell war deutlich geworden, dass diese Unterschiede auf die jeweilige Prägung zurückgingen. Freya Klier schrieb 1990 über die Folgen der kommunistischen Erziehung: „Wir ahnen, dass wir uns tief zu unseren Wurzeln hinuntergraben müssen. Und mag der Schlüssel zum Verständnis des westlichen

Teils Deutschlands im alles beherrschenden Spiel seiner Wirtschaft zu finden sein – der Schlüssel zum Verständnis seines östlichen Teils liegt in der Erziehung.“ Aufregung brachte noch im gleichen Jahr das Buch *Der Gefühlsstau* von Hans-Joachim Maaz. Er zeigte, dass die DDR-Bürger nicht nur den unbedingten Freiheitswillen mitbrachten, sondern auch durch die lange Diktatur in einer Art geprägt waren, die Bundesdeutsche kaum verstanden. Die DDR-Bürger litten nach Maaz an den Folgen der Unterdrückung, an Selbstunsicherheit, Blockierungen und Gehemmtheit, an einem Gefühlsstau. Das hätte sich in der Revolution gemildert, die eine kollektive psychische Befreiung bewirkt hätte. Doch das habe nicht ausgereicht. Nur eine nachhaltige innere Befreiung bringe freie Menschen hervor, die das wiedervereinte Deutschland brauche.

Diese frühen Beobachtungen wurden späterhin durch eine Unzahl von Untersuchungen und Studien ergänzt, die das Anderssein der Ostdeutschen auch als Folgen der gesellschafts- und kulturpolitischen Eingriffe der Kommunisten offenlegten. Immerhin hatte die SED über vierzig Jahre Zeit, ihr Gesellschaftsmodell durchzusetzen.

Zunächst suchte die SED mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht ihre politische Hegemonie zu sichern. Die noch im Aufbau begriffenen demokratischen Parteien, SPD, CDU und LDP wurden mit Zwangsmaßnahmen aufgelöst oder im antifaschistischen Block gleichgeschaltet. Staatliche Institutionen und das Rechtswesen wurden der SED unterstellt. Gleichzeitig begannen die Verstaatlichung der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die letzten Enteignungen fanden Anfang der 1970er Jahre statt. Als bewusst herbeigeführter Effekt veränderte sich dadurch die soziale Struktur erheblich. Die traditionellen bürgerlichen und bürgerlichen Milieus mit ihren internen Werten und Solidargeflechten lösten sich weithin auf. Die Arbeiterschaft verlor ihre autonomen Vertretungen und das

Bildungsbürgertum wurde um seine Traditionen gebracht. Schon nach wenigen Jahren beherrschte die SED alle Bildungseinrichtungen und alle kulturellen Institutionen.

Im Ergebnis entstand eine von der Partei gesteuerte und durch ihre Ideologie angeleitete Organisationsgesellschaft, in der produktive Differenzierungen nivelliert waren. Das führte nicht zu einer Individualisierung, sondern zu einer Atomisierung der Gesellschaft, in der unabhängige Zusammenschlüsse von Menschen kaum noch möglich waren. Dazu kam ein schwerwiegender Aderlass von aktiven Menschen. Bis 1961 flohen drei Millionen Menschen in die Bundesrepublik. Seit den 1970er Jahren gingen durch die Ausreisebewegung mehr als eine Million Menschen in den Westen. Die SED versuchte, einen Stamm von treu ergebenden Kadern heranzuziehen. Sie etablierte ein Kadersystem, mit dem sie alle gesellschaftlichen Multiplikatoren auswählen und nach ihren politischen Kriterien entwickeln konnte.

Der totale Zugriff auf die Gesellschaft stieß allerdings an Grenzen. Es hatte immer auch Widerstand gegeben. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war eine spontane kollektive Anstrengung der Ostdeutschen, die Ergebnisse des kommunistischen Transformationsprozesses rückgängig zu machen. Das scheiterte. Seitdem suchten Kritiker und Oppositionelle gesellschaftliche Refugien, die dem Zugriff der SED nicht so stark ausgesetzt waren. Die fanden sie vor allem in den Kirchen. Trotz harter Repressionen, Unterwanderung und Verlockung gelang es den Kommunisten zu keiner Zeit, die Kirchen vollständig zu beherrschen. Zwar konnten die Kirchen geschwächt werden, ihre Mitgliedschaft minimiert, ganze wichtige Berufsgruppen von ihr ferngehalten, sie aus weiten Bereichen der Öffentlichkeit verdrängt und ihre Rechte eingeschränkt werden. Immerhin reichte der relative Freiraum der Kirchen aus, dass sich in ihnen seit den 1970er Jahren eine kleine, aber zunehmend

wirkungsvolle Opposition entwickelte. Außerhalb der Kirchen, wenn oft auch in enger Verbindung mit ihnen, fanden Selbstorganisationsprozesse in künstlerischen und jugendlichen Subkulturen statt. Der Großteil der Bevölkerung, auch bestimmt durch ein Klima der Angst, versuchte durch den Rückzug in private Nischen wenigstens kleine geschützte soziale Räume zu verteidigen. Hier gediehen die subversiven Sprechweisen mit den doppelbödigen und ironischen Sprachenteignungen in der Alltagskommunikation oder im politischen Witz. Diese dokumentierten die tiefe Spaltung der Gesellschaft zwischen Herrschenden und Beherrschten und den nahezu vollständigen Verlust der freien öffentlichen Kommunikation.

Die SED konnte nichts tragfähiges Neues aufbauen, schon gar nicht konnte sie eine DDR-Identität etablieren. In der Frühzeit hatte die SED ihren Legitimationsmangel durch ihre Großmythen „Sozialismus“ und „Antifaschismus“ kompensieren wollen. Mit der Vernutzung dieser Werte als Funktionen der Herrschaftssicherung verbrauchte sich aber deren Bindungskraft. Die behauptete neue Wirklichkeit der Einheit aller Widersprüche, die angebliche Interessenübereinstimmung von Gesellschaft und Staatspartei mussten mehr und mehr inszeniert werden. Der Bevölkerung musste die Akklamation der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus in rituellen Darstellungen, wie bei Demonstrationen und der Jugendweihe, abverlangt und auch abgezwungen werden. Über die triste Gegenwart des real-existierenden Sozialismus konnte nicht mehr mit den ursprünglichen Glücksversprechen hinweggetröstet werden.

Dass sich das Herrschaftssystem dennoch lange behaupten konnte, lag daher immer weniger an der Orientierung der Gesellschaft an der Sozialutopie, sondern ergab sich aus den Folgen der schweren Eingriffe in die Sozialstruktur und die kulturellen Traditionen. An die Stelle der unmöglich ge-

wordenen zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation trat eine Art Tauschgeschäft zwischen Herrschern und Beherrschten. Den Verzicht auf Kritik und Eigenständigkeit der Beherrschten honorierten die Herrschenden mit der selektiven Zuteilung der ohnehin knappen materiellen und immateriellen Güter einschließlich bescheidener Aufstiegsmöglichkeiten. Es entwickelten sich soziale Techniken von passivem Teilnahme- und Umgehungsverhalten bzw. des „Eigensinns“, die den totalitären Geltungsanspruch der SED unterlaufen und Bereiche des Aushandelns und der relativen Eigenständigkeit sichern konnten. Selbstknechtung und der Verzicht auf Mündigkeit erübrigten weithin alltägliche und biografische, wertgebundene Entscheidungen.

Eine solche Kommunikation zwischen Herrschenden und Beherrschten musste fragil bleiben, da die Ruhigstellung der Bevölkerung keinen Bestand haben konnte, soweit diese sich allein auf Schwejkiaden oder zynische Distanz gründete. Die SED versuchte deswegen immer, Werte zu erschließen, die den Konsens mit der Bevölkerung ermöglichten. Dies ist ihr im begrenzten Maße auch geglückt. Am leichtesten fiel dies der SED mit dem Versuch, die sozialistische Klassenkämpfermoral mit einer traditionellen Staatsräson zu verbinden. Sozialistische Werte wurden auf die Sekundärtugenden der demokratisch unbekehrten deutschen politischen Kultur reduziert. Dazu gehörten die von Walter Ulbricht kreierten „10 Gebote der sozialistischen Moral“. Wichtige Stichworte der Herrschaftssprache waren Disziplin, Gehorsam, Sauberkeit und Ordnung. Bei Bedarf wurde auch gegen die freiheitsliebenden Polen oder gegen Verweigerer in der DDR die alte chauvinistische Herrschaftssprache eingesetzt. Hier konnte sich die SED auf die Großeltern-Sozialisation verlassen. Beträchtliche Erfolge erzielte die SED in den militärischen Apparaten. Bis heute berufen sich die militärischen Kader, einschließlich der MfS-Offiziere, darauf, lediglich ihre Pflicht getan zu haben.

Die Versuche des Beerbens der christlichen Tugenden, etwa des christlichen Arbeitsethos, wie dies in Vorbereitung des Lutherjahrs 1983 geschah, scheiterten ebenso kläglich, wie die angestregten Bemühungen, unter Integration traditioneller, idealistischer, preußischer Traditionen eine sozialistische Nationalkultur zu schaffen. Das Haupthindernis, Wertvorstellungen zu kommunizieren, lag in der zwanghaften Ideologisierung aller Themen, die Menschenwürde, Menschenrecht, Ethos, Moral, Schönheit oder Muße zum Gegenstand hatten. Zudem war Gewalt Bestandteil der politischen Theorie des Marxismus, wie auch alle Wertbegriffe gnadenlos ökonomisiert wurden. So schrieb einer der wichtigsten SED-Ideologen in Sachen Menschenrechte: „Der tägliche, nie ein für allemal verwirklichte, nicht widerspruchslose, opfervolle, befreiende, glücksverheißende und glücksbringende Kampf um die Produktivitätsentwicklung des Einzelnen wie der Gesellschaft – das ist es, was den Sinn der Menschenrechte ausmacht.“

Allein schon ein solcher Wirklichkeitsverlust zeigt, dass die Geschichte der kommunistischen Herrschaft als ein Prozess zu verstehen ist, in dem trotz der Akkumulation von Herrschaftsmitteln die Gesellschaft dem Zugriff der Herrschenden entglitt, weil das von der SED genutzte Ideologie- und Wertesystem schließlich kaum noch eine soziale Integration und keine kulturellen Orientierungen und Bindungen mehr erzeugen konnte. Der ungestillte Bedarf an Wertorientierungen konnte sich deswegen nur in den wenigen Refugien unabhängigen Denkens und eigenständiger Diskurse artikulieren. Diese politischen und kulturellen Räume, die von der SED nicht oder in späteren Zeiten nicht mehr erreicht wurden, füllten die Kritiker und Gegner des Systems mit unterschiedlich strukturierten Angeboten aus, die Menschen in die Lage versetzen konnten, ihre eigenen Alltagsentscheidungen auf Werte, Recht und ethische Grundsätze zu beziehen und wenigstens in einigen sozialen

Bereichen, vorwiegend in den Kirchen, Gemeinschafts- und Gesellschaftsfähigkeit auszuleben.

Als die DDR zusammenbrach, ließ sie aber unzählige Menschen zurück, die soziale Verhaltensstrategien, Techniken und Reflexe verinnerlicht hatten, die ihnen das Überleben in der Diktatur ermöglicht hatten, aber in einer freien Gesellschaft eher hinderlich waren. In Vorstellungen und inneren Bildern lebt das soziale und kulturelle Koordinatensystem der Diktatur bei Vielen weiter. Dort geistert der übermächtige Staat herum, der alles lenken und regeln könne. Das verstärkt den sozialen „Wende-Stress“, der wegen realer Transformationsschwierigkeiten durchaus einen Grund hat, aber eben auch einen mentalen. Denn den Überstaat gibt es nicht mehr. Er hat sich in eine diffuse und virtuelle Nostalgie verflüchtigt.

In der Spukkammer der Diktatur erscheinen auch die freie Rede und der öffentliche Streit eher gefährlich, mindestens aber lästig. Das mag eine Wurzel für die verbreitete Ablehnung der Demokratie und die schlechte Bewertung der Freiheit sein. Auch ersetzen oft noch Sekundärtugenden Grundwerte. So werden Abtreibungen oft kaum problematisiert. Auch die in der DDR geschulerten Pädagogen lieben die Disziplin mehr als die Eigenwilligkeit. Und alte und neue Feindbilder illustrieren das Böse, etwa Ausländer und Kapitalisten. Überhaupt findet sich häufig eine platte Materialisierung des Glücks. Unter Palmen auf Mallorca lässt sich auf hohem Niveau klagen. Der religiöse Kulturbruch wird als Emanzipation und das religiöse Unwissen als höheres Wissen verstanden. Geradezu Transformationsschmerzen löste bei den Ostdeutschen die Nötigung zu einem Sprachwandel aus. Viele Ost-Worte verschwanden oder waren gegenstandslos geworden, vom „Aktivisten“ bis zum „Zentralorgan“. Und neue aus dem Westen mussten gelernt werden, vom „Azubi“ bis zum „Zweckverband“.

Natürlich gilt das nicht generell für alle Ostdeutschen. Manches davon gibt es auch im Westen. Und es darf nicht vergessen werden, dass die Freiheitsrevolution 1989 von Ostdeutschen veranstaltet wurde. Aber zwanzig Jahre nach Revolution und Vereinigung ist eben das diktatorische Erbe in vielen Köpfen noch lebendig. Dessen Überwindung wird eine Frage des Generationswechsels sein. Politisch aktuell bleibt das Problem vorerst, weil rechte und linke Demagogen versuchen, aus Prägungen und Frustrationen politisches Kapital zu schlagen. Sie sind immer dann erfolgreich, wenn sie die Erfahrungen und Erinnerungen an die Revolution und die Wiedervereinigung eliminieren können.